



**Rede von
Innenminister Ralf Jäger
anlässlich der Vorstellung des
Verfassungsschutzberichts 2014
des Landes Nordrhein-Westfalen
am 8. Juni 2015
im Landtag Nordrhein-Westfalen**

— Es gilt das gesprochene Wort —

Anrede,
ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur
Vorstellung des nordrhein-westfälischen
Verfassungsschutzberichts 2014.

Wer bereits ein Exemplar in die Hand
genommen hat, wird das neue Format bemerkt
haben. Geändert hat sich aber nicht nur das
äußere Erscheinungsbild.

Wir setzen auch inhaltlich neue Akzente bei der
Aufbereitung der Themen. Denn in der
Demokratie sind Aufklärung und Wissen die
besten Waffen gegen Extremismus.

Zahlen

Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen.
Auch im vergangenen Jahr hat sich die

Gefährdungslage in NRW verschärft. Und zwar sowohl im Bereich des islamistischen Extremismus als auch im Bereich des Rechtsextremismus.

Die Zahlen, die ich Ihnen vorlege, spiegeln dies auch wider. Allerdings müssen einzelne Phänomene auch isoliert betrachtet werden:

So ist der deutliche Anstieg im Bereich der dem Rechtsextremismus zugerechneten Gewaltdelikte vor allem auf die gewalttätigen Ausschreitungen am 26. Oktober 2014 in Köln zurückzuführen.

Alleine 175 Straftaten stammen aus dem Umfeld dieser HoGeSa Demonstration.

Ebenfalls missverständlich ist der Rückgang der Zahlen der dem islamistischen Spektrum zugerechneten Personen.

Hier hat der Verfassungsschutz des Landes NRW eine grundsätzliche Neubewertung von Teilen der Milli-Görüş-Bewegung vorgenommen. Nur noch rund 250 Mitglieder dieser Gruppe werden jetzt dem islamistischen Spektrum zugeordnet.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die Zahl der gewaltbereiten Islamisten in NRW abnimmt.

Salafismus

Die Anschläge in Paris und Kopenhagen haben auf grausame Art die Bedrohung durch gewaltbereite Islamisten wieder ins Bewusstsein

der Menschen zurückgerufen.

Wenige Terroristen haben ihre Opfer gezielt ausgesucht und mit leicht zu beschaffenden Waffen ein Blutbad angerichtet.

Das Risikopotenzial der Personen, von denen eine solche Anschlagsgefahr ausgeht, nimmt kontinuierlich zu.

In Nordrhein-Westfalen haben die Sicherheitsbehörden von den 2.000 Salafisten vor allem 325 gewaltbereite auf dem Schirm.

Es gibt allerdings auch positive Signale: Zwar reisen weiterhin von fanatischen, religiösen Eiferern verführte Menschen von Nordrhein-Westfalen in die Bürgerkriegsgebiete aus: Nach Syrien und den Irak.

Aber seit Beginn dieses Jahres ist die Zahl der

Ausreisen aus Nordrhein-Westfalen deutlich rückläufig.

Das kann auch damit in Zusammenhang stehen, dass den Sicherheits- und Ordnungsbehörden inzwischen in mehr als 60 Fällen die Ausreiseverhinderung gelungen ist.

Dennoch ist es zu früh, hier bereits von einer Trendwende zu sprechen.

Mit Besorgnis muss zudem bemerkt werden: Zwar gelingt immer weniger jungen Menschen die Ausreise, darunter befinden sich jedoch überproportional viele junge Frauen und Mädchen.

Unter den seit Jahresbeginn ausgereisten 8 Personen waren allein 6 Frauen.

Verführt über das Internet entwickeln sie romantische Vorstellungen von einem traditionellen Eheleben an der Seite eines aus ihrer Sicht heldenhaften Kämpfers.

Doch die Realität sieht anders aus.

Als Zweit- oder Drittfrau eines verrohten Terroristen inmitten eines Bürgerkriegs steht ihnen ein entbehrungsreiches Leben bevor, bei dem an jedem Tag Gefahren drohen.

Deshalb setzen wir bei den Ursachen des Extremismus an. Prävention ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Das Interesse von Öffentlichkeit, den Medien, aber auch vieler Kommunen ist groß. Die Menschen in unserem Land sind

mittlerweile sensibel für das Thema geworden oder haben in ihrem Umfeld damit zu tun.

Genau hier wirkt unser Präventionsprogramm „Wegweiser“.

Ich bin überzeugt, dass wir mit „Wegweiser“ auf dem richtigen Weg sind. Die hohe Nachfrage an allen vier bisherigen Standorten zeigt: Das Konzept von „Wegweiser“ hat sich voll bewährt.

Die Menschen wissen, an wen sie sich wenden können, um eine professionelle Beratung und Hilfe zu erhalten.

Wir werden deshalb „Wegweiser“ in schnellen Schritten weiter ausbauen: Alleine in diesem Jahr planen wir weitere Anlaufstellen in Duisburg, Dinslaken, Köln und Dortmund.

Neben diesen niedrigschwelligen Angeboten für Ratsuchende müssen wir zugleich jenen die Hand reichen, die aus der islamistischen Szene wieder heraus möchten.

Ich möchte Ihnen jetzt unser „Aussteigerprogramm Islamismus“ näher vorstellen: Dieses richtet sich an diejenigen, die radikalisiert und tief in der islamistischen Szene verankert sind.

Hier kann der Verfassungsschutz seine Erfahrungen aus dem seit Jahren erfolgreichen Aussteigerprogramm Rechtsextremismus einbringen.

Mit dem Aussteigerprogramm Islamismus sind

wir im Oktober 2014 gestartet.

Schon jetzt, wenige Monate nach dem Start, sehen wir, wie wichtig unser Angebot ist.

Wir haben über 30 Fälle aus dem islamistischen Spektrum. Etwa 1/3 davon werden vom Aussteigerprogramm auf ihrem Weg intensiv begleitet.

So stecken Rückkehrer aus Kriegsgebieten genauso wie Strafgefangene oft in einer persönlichen, aber auch ideologischen Sackgasse. Sie wissen, so kann es nicht weiter gehen. Und das Aussteigerprogramm Islamismus kann ihnen hier helfen.

Um eins klarzustellen: Wir werden und wir

wollen nicht vor berechtigter Strafe schützen. Wir bieten aber Hilfe an, um einen Weg in die Gesellschaft zurück zu finden.

Der Ausstieg ist in den meisten Fällen ein mehrjähriger und oft schwieriger Prozess, in dem Rückschläge einkalkuliert werden müssen.

Rechtsextremismus

Auch die Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus nehmen wir sehr ernst. Denn auch hier müssen wir immer die gesamte Szene im Blick haben.

Wir haben dabei drei Kategorien ausgemacht, deren Übergänge allerdings fließend sind:

Die erste Kategorie von Rechtsextremisten umfasst klar rechtsterroristisch-orientierte

Gruppen, die oftmals konspirativ agieren und eine deutliche Gewaltbereitschaft gegenüber ihren Feindbildern haben.

Hier ist konsequentes Handeln der Sicherheitsbehörden gefordert, wie sie es erfolgreich bei der „Old School Society“ getan haben. Denn diese Rechtsterroristen sind bereit, rücksichtslos Gewalt für ihre menschenverachtenden politischen Ziele einzusetzen.

Die zweite Kategorie des aktuellen Rechtsextremismus umfasst den harten Kern, der innerhalb rechtsextremistischer Parteien wie „Die Rechte“ oder die NPD organisiert ist.

Nach der Kommunalwahl 2014 sind sie auch in einigen Kommunalparlamenten vertreten. Dort

versuchen sie durch Provokationen die Arbeit der kommunalen Gremien zu stören. Dabei überschreiten sie oftmals die Grenze des Erträglichen. Hier sitzen Ideologen und Strippenzieher des Rechtsextremismus, die Stimmung machen gegen Muslime, Ausländer und Flüchtlinge.

Wo immer möglich, werden wir versuchen, sie durch Verbote zu lähmen.

Deshalb unterstützen wir engagiert das gegen die NPD eingeleitete Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Deshalb sammeln die Sicherheitsbehörden auch weiter alle Belege für ein Verbot der sogenannten Partei „Die Rechte“.

Ich habe jetzt ein neues Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Es soll klären, welcher Weg zu einem Verbotsverfahren vielversprechend ist.

Eine dritte Kategorie im Rechtsextremismus umfasst Unterstützer und Mitläufer, die das Umfeld bilden und als Statisten die Kulisse bei Demonstrationen abgeben.

Mit HoGeSa und PEGIDA haben wir im vergangenen Jahr neuartige Phänomene kennengelernt. Die Veranstaltungen der PEGIDA-Ableger und -Nachahmer in NRW wurden von Rechtsextremisten organisiert, dominiert und gesteuert.

Denn Rechtsextremisten versuchen, die Gesellschaft bewegende Themen für sich zu

nutzen, um Anschluss zu finden.

In Nordrhein-Westfalen ist diese Saat nur auf kargen Boden gefallen. Die vielen Gegendemonstrationen und ganze Stadtgesellschaften, die sich geschlossen für Toleranz und Offenheit einsetzen, haben es geschafft, dass PEGIDA, BOGIDA, KÖGIDA und DÜGIDA - oder wie sie heißen mögen - die Lust am Spaziergehen vergangen ist.

Anrede,

die Arbeit der Sicherheitsbehörden ist notwendig und vor allem wichtig, wenn es um Schutz vor Gewalt und Terrorismus geht.

Deswegen haben wir 385 zusätzliche Stellen bei

Polizei und Verfassungsschutz neu geschaffen.

Allerdings brauchen wir auch das Zusammenstehen von Zivilgesellschaft, demokratischen Parteien, Religionen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Akteuren, wenn wir Extremismus nachhaltig bekämpfen wollen.

Der Einsatz für Freiheit, Toleranz und Demokratie bleibt weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der die Sicherheitsbehörden ihren unterstützenden Beitrag leisten können.

Eine informierte und aufgeklärte Öffentlichkeit ist die stärkste Abwehr gegenüber extremistischen

Bestrebungen – ganz gleich, ob es sich dabei um Salafismus, Rechts-, Links- oder Ausländerextremismus handelt.

Vielen Dank!